Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 290 | Freitag, den 14. Dezember 1923 | 18. Jahrgang

Das neue britische Parlament und Deutschland.

Von Dr. Külz, M. d. R.

Die eigenen innerpolitischen Wirren haben in der letzten Zeit die öffentliche Meinung Deutschlands so stark in Anspruch genommen, daß die kritische Betrachtung der politischen Vorgänge in den andern Ländern und ihrer Auswirkung auf Deutschlands Lage dabei vielfach zu kurz gekommen sind. Das gilt auch von den britischen Wahlen, die in vielfacher Beziehung für uns lehrreich und von einer gewissen Bedeutung sind.

Das für England selbst hervorstechende innerpolitische Merkmal der letzten Parlamentswahlen ist die Tatsache, daß das seit Jahrhunderten entwickelte Zweiparteiensystem endgültig durch ein Dreiparteiensystem überwunden worden ist. Damit ergibt sich für jede britische Regierung die Notwendigkeit einer offen oder im Stillen betriebenen Koalitionspolitik. Dieser Zug ist der britischen Politik bisher wesensfremd. Konservative und Liberale hatten, je nachdem der Wahlerfolg ihnen günstig gewesen war, im britischen Unterhaus die absolute Mehrheit; zuletzt hatten die Konservativen diese Mehrheit über Lloyd George und seine Anhänger errungen, und obwohl schon damals die Arbeiterpartei mit 142 Mandaten einzog, hatten doch die Konservativen mit 347 Sitzen noch die absolute Mehrheit gegenüber Liberalen und Arbeiterparteilern, und konnten deshalb allein die Regierung bilden. Das ist jetzt anders geworden, und es wird für uns, die wir in unserem Parteielend notdürftig aller 3 Monate eine neue Koalition zusammenbringen, sehr lehrreich sein, zu sehen, in welcher Weise ein politisch reifes Volk, wie das britische, sich mit dieser Koalitionsnotwendigkeit abfindet und wie das britische Parlament nach seinem Zusammentritt am 8. Januar bei der Regierungsbildung verfahren wird.

Die britischen Parteien pflegen mit Wahlparolen von sinnfälliger Bedeutung in den Wahlkampf zu ziehen. Der jetzt beendete Wahlkampf stand unter dem für England durchaus nicht neuen Schlachtruf: Freihandel oder Schutzzoll! Der bisherige Premierminister Baldwin und seine konservative Anhängerschaft sahen in Europa einen unter französischer Führung stehenden schutzzöllnerischen Wirtschaftsblock des Kontinents entstehen. Sollte England als freihändlerische Wirtschaftsmacht abseits dieser Entwicklung stehen oder sollte es in diesem schutzzöllnerischen Wirtschaftskonzern bestimmten Einfluß zu gewinnen suchen? Baldwin und die Konservativen entschlossen sich für die letztere Eventualität, aber da blieb ihnen Frankreich gegenüber jeder positive Erfolg versagt. Nichts aber kränkt den Engländer mehr, als die britische Politik im zweiten Treffen zu sehen. Dort befand sie sich aber unter Baldwins Führung zweifellos. Seine franzosenfreundliche Politik wurde denkbar unpopulär, weil die Rolle, die England dabei spielte, geradezu kläglich erschien. Ein zweites kam hinzu. Die französische Politik wurde mehr und mehr auch in England als der Grund für den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands und der eigenen wirtschaftlichen Nöte erkannt. Dasselbe Frankreich, das seine eigenen Kriegsschulden weder verzinste noch bezahlte, das sich aber gleichwohl im Mittelmeer, in Marokko und in Casablanca als unumschränkter Gewalthaber festsetzte, legte seine Hand auf die mitteleuropäischen Kraftquellen der Kohle, schaltete den deutschen Markt für England aus und wurde so unmittelbar zur Ursache der wirtschaftlichen Einengung Englands in Europa, die ihrerseits eine bis dahin nicht gekannte Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. So waren die Chancen für die politischen Gegenspieler der Konservativen von vornherein günstig, für die Liberalen unter Lloyd George und für die Arbeiterpartei. Beide kämpften für den Freihandel, beide kämpften gegen den Poincarismus, im übrigen hatten aber die Liberalen und die Arbeiterpartei auch noch selbständige Wahlziele. Lloyd George trat als Herold des verloren gegangenen führenden Einflusses in Europa auf. Auch er hatte als Premierminister Frankreich gegenüber manche Enttäuschung erlebt, die zuletzt sein ministerielles Schicksal besiegelt hatten. Aber die Unfähigkeit Baldwins, England vor französischen Demütigungen zu bewahren, war doch zu offensichtlich, daß die ehemaligen Mißerfolge Lloyd Georges in den Hintergrund treten und die Hoffnung aufkommen ließ, Lloyd George werde es gelingen, bei einer abermaligen Ministerpräsidentschaft Frankreich in die gebührenden Schranken zurückzuweisen. Und so wurde die Niederlage Baldwins auch zu einer Niederlage Poincares innerhalb der sogenannten Entente.

Besonderes Interesse beansprucht die Stellungnahme der Labour Party, der Arbeiterpartei. Sie ist mit der deutschen Sozialdemokratie kaum zu vergleichen. Der Hang zum Internationalismus fehlt ihr fast ganz. Marx ist ihr kein Evangelist schlechthin. Der sozialistische Einschlag der Partei ist erst jüngeren Datums, und hat eigentlich erst seit dem Jahre 1918 greifbare Gestalt angenommen, wo Sidney Webs im Auftrage der Partei in einer programmatischen Arbeit die Stellung der Partei zur Arbeiterfrage und zu der erstrebten sozialen Neuordnung darlegte. Die Partei hat jetzt, wo es der britischen Industrie und dem britischen Handel schlecht geht, stark an Werbekraft gewonnen. Für den soeben beendeten Wahlkampf stellte die Partei neben dem Freihandel die Forderung nach Verstaatlichung der Bergwerke und der Eisenbahnen und nach einer einmaligen Vermögensabgabe in den Vordergrund und schuf damit gegenüber den Liberalen, die gleich den Konservativen diese Forderungen verwarfen, eine äußerst wirksame Parole, zumal sie nicht von einer Sozialisierung dieser Betriebe, sondern von einer Nationalisierung sprach. Für uns ist von besonderer Bedeutung die Tatsache, daß die Partei in ihr Wahlprogramm offen die Forderung nach einer Revision des Vertrages von Versailles aufgenommen hatte, wenn schon sicherlich nicht der für uns, sondern wegen der für die englische Arbeiterschaft sich aus diesen Abmachungen ergebenden Schwierigkeiten.

Alles in allem betrachtet, bedeuten die britischen Wahlen für uns eine Verbesserung der außenpolitischen Konstellation. „Das neue Europa" beginnt den Druck der französischen Brutalität am eigenen Leibe zu verspüren. In Spanien und in Italien war dieses Empfinden so stark, daß es zum engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß dieser Mittelmeerländer mit dem deutlichen Ziele geführt hat, ein Gegengewicht gegen die französische Alleinherrschaft zu schaffen. In Amerika sind zwar in den wirklich maßgebenden Kreisen irgendwelche Sympathien für Deutschland noch nicht wieder erwacht, aber die Abneigung gegen die französische Gewaltpolitik wächst von Tag zu Tag. Nun zeigen die Wahlen in England, daß auch im britischen Volke die Erkenntnis sich durchsetzt: „Frankreich treibt Gewaltpolitik auf Kosten Englands." Poincare wird also bei seiner Vernichtungspolitik mit verstärktem Gegendruck aus dem Lager der einstigen Alliierten zu rechnen haben: Daß es unter diesen Umständen Aufgabe unserer auswärtigen Politik sein muß, den französischen Gewaltpolitikern jeden Vorwand zu einer Berechtigung zu nehmen, ist ebenso selbstverständlich wie die andere Forderung, jeden etwa von neuem versuchten Gewaltakt vor der Welt als solchen zu kennzeichnen.

Das Reich sucht Verhandlungen mit Frankreich.

Berliner Auffassungen über das deutsch-französische Verhältnis.

In der französischen Presse wird gesagt, von der deutschen Regierung seien neue Vorschläge zu erwarten. Solche müßten aber offiziell überreicht werden, und da sei es bedenklich, daß noch kein deutscher Botschafter in Paris ernannt sei. Das ist aber nicht Schuld der deutschen Regierung. Diese hat schon seit August deshalb Fühlung genommen. Auf drei Vorschläge, die sie gemacht hat, ist sie ohne Antwort geblieben. Es scheint, das in Paris der Wunsch besteht, daß eine Persönlichkeit, die den Wirtschaftskreisen nahesteht, dorthin kommt. Die deutsche Regierung ist um eine Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Frankreich bemüht, und zwar über die Rhein-, Ruhr- und die Reparationsfragen.

In Paris sind zwei Untersuchungskommissionen eingesetzt, und zwar über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und zum anderen über die Frage der Kapitalflucht. Deutschland hat ein lebhaftes Interesse daran, daß namentlich auch die letztere Frage gelöst wird.

Wenn es eine Möglichkeit gibt, festzustellen, wieviel deutsches Geld im Auslande vorhanden ist, dann kann dies für uns nur erwünscht sein.

Mit Genugtuung ist es hier begrüßt worden, daß die Vereinigten Staaten ihre Reserve aufgegeben haben und sich an den Arbeiten der Untersuchungskommission für die Reparation beteiligen. Alle Reparationsfragen hängen aber davon ab, ob Rhein und Ruhr uns gehören oder uns genommen werden sollen. Deshalb ist die Reichsregierung dieser Tage an die französische Regierung herangetreten, um zu Verhandlungen über Rhein und Ruhr zu gelangen. Daß der passive Widerstand noch nicht völlig aufgegeben sei, kann jetzt nach Abschluß der Micum-Verträge, eines ähnlichen Vertrages der chemischen Industrie und der Herstellung eines Modus vivendi in den Eisenbahnfragen doch nicht mehr behauptet werden. Will Frankreich mit Deutschland wegen der besetzten Gebiete verhandeln, dann müssen die Verhandlungen sich auf den Gesamtkomplex der Fragen beziehen. Die Micum-Verträge laufen nur bis zum 1. April n. J. Das Weitere ist dann Sache der Reichsregierung. Frankreich muß vor die Frage gestellt werden, wie es sich zu Rhein und Ruhr stellt. Sonst haben die Arbeiten der Untersuchungskommission über die Leistungen Deutschlands keinen Zweck.

Wir müssen zu Verhandlungen kommen oder vor der Welt feststellen, daß Frankreich solche nicht will, sondern seine ganz speziellen Absichten und Ziele in den besetzten Gebieten verfolgt.

Ein Appell an Baldwin.

Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London, der deutsche Botschafter habe am 11. Dezember dem Premierminister Baldwin ein ausführliches Memorandum der Reichsregierung übergeben, das den dringenden Hilferuf Deutschlands enthält nach einem internationalen Kredit zur Sanierung der deutschen Finanzen. Gerüchtweise verlautet, daß England Verhandlungen über einen 100-Millionen-Schilling-Kredit einleiten wolle, wenigstens berichtet das die konservative „Morning Post."

Besatzungsgendarmerie.

Während man in den ländlichen Teilen des neu besetzten Gebietes mit einer starken Verminderung der Besatzung rechnet, weil auch nach französischen Eingeständnissen die Besatzungslasten sehr große sind, werden die großen Städte eher eine stärkere Belegung bekommen. Die militärische Belegung wird künftig unter der Firma „Besatzungsgendarmerie" laufen.

In der Stadt Essen,

die den „Vorzug" hat, nicht nur die Militärstäbe und Verwaltungen, sondern auch die Micum, Zollbehörde, Regiebehörde usw. beherbergen zu dürfen, sind zurzeit annähernd 9000 Mann untergebracht. Während bisher Wohnungen für 310 Familien beschlagnahmt worden waren, eine Raummenge, die nur unter den allergrößten Schwierigkeiten gestellt werden konnte, hat die Besatzung jetzt ihre Wohnungsanforderungen auf allein für 700 Familien in der inneren Stadt Essen erhöht, wozu noch etwa 365 Wohnungen von je zwei Räumen außerdem gefordert werden. Neuerdings macht sich wieder die

Beschlagnahme ganzer Häuser

bemerkbar und zwar mit ganz unerhört kurzen Räumungsfristen von wenigen Tagen. Ein Requisitionsbefehl ist eingetroffen, wonach von dem städtischen Saalbau alle Räume mit Ausnahme des großen Saales, eines Zwischensaales und einer Veranda, für französische Messen und Zusammenkünfte beschlagnahmt werden.

Krupp und seine Direktoren begnadigt.

Der Temps meldet: Herrn Krupp v. Bohlen-Halbach und den übrigen verurteilten Krupp-Direktoren, die bereits seit November aus der Strafhaft beurlaubt sind, wurde die Begnadigung durch General Degoutte zugestellt.

Der Regieverkehr,

ist, wie aus dem besetzten Gebiet gemeldet wird, noch nicht recht im Gange. Insbesondere leidet der Transport von Nahrungsmitteln und viele Sachen, die sich nicht lange halten, verderben, weil sie zu lange auf der Bahn liegen. — Unter den deutschen Eisenbahnern im Regiedienst herrscht unzufriedene Stimmung, da der Lohn, den sie in Franken ausgezahlt bekommen, eine nur geringe Kaufkraft besitzt.

Ein Regiezug verunglückt.

In einer der letzten Nächte ist in Jünkerath auf der Köln—Trierer Strecke ein Kokszug der Regie, der aus ungefähr 80 mit Reparationskohle beladenen Wagen bestand, verunglückt. Auf dem starken Gefälle zwischen Schmidtheim und Jünkerath geriet der Zug, der nicht über die genügende Zahl von Bremsern verfügte, in ein rasendes Tempo. Er fuhr in Jünkerath auf einen Prellbock auf. Die Maschine wurde seitlich in einen Wassergraben geschleudert. Ueber 17 Wagen türmten sich hoch übereinander und wurden zum Teil ebenfalls herabgeschleudert. Hierbei zertrümmerten sie einen großen Teil der Maschinenhalle der Gewerkschaft Jünkerath. Ein deutscher Bremser und der französische Zugführer wurden getötet. Die Ursachen des Unglücks sind in dem Mangel an technisch geschultem Personal zu erblicken.

Von einem Franzosen erschossen.

Am Freitag voriger Woche fuhr ein Einwohner aus Egelsbach bei Offenbach auf dem Rade von Erzhausen nach seinem Heimatorte. Unterwegs wurde er von einem französischen Posten durch einen Kopfschuß getötet.

Die Westmark.

Ueber das wertbeständige Geld das im besetzten Gebiet ausgegeben werden soll, schreibt die Recklinghausener Volkszeitung:

Das neu auszugebende wertbeständige Geld soll keineswegs den Charakter eines Notgeldes haben. Es ist als Ersatz für die im besetzten Gebiet nicht zur Ausgabe gelangte Rentenmark gedacht, daß sich im allgemeinen Verkehr die kurze zutreffende Bezeichnung „Westmark" herausbilden wird. Die Deckung erfolgt durch eine Goldanleihe der Stadt- und Landgemeinden des besetzten Gebietes. Sämtliche Stadt- und Landkreise übernehmen die Solidaritätshaft für die dreihundert Millionen Goldmark. Von diesen 300 Millionen werden etwa 100 Millionen abgezweigt. Dieser Betrag wird nach einem Schlüssel auf sämtliche Stadt- und Landkreise als Kredit verteilt, für den eine besondere Sicherheit nicht zu leisten ist. Im übrigen hat die Westmark eine zweite Deckung durch die auf Grund der dreihundert Millionen Solidaritätshaft auszugebenden sechsprozentigen Goldobligationen. Beim Aufruf des Geldes hat dann der Besitzer von 500 Westmark, genau wie bei der Rentenmark, Anspruch auf eine